



**Keine Entlassungen in der Krise**

**Rede zur gemeinsamen Sitzung der MuE**

**Tarifkommissionen**

Mörfelden-Walldorf, 3. Dezember 2009

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die IG Metall hat zu Beginn der Krise unter der Überschrift „Keine Entlassungen in 2009“ ein Sofortprogramm zur Krisenbekämpfung verabschiedet.

Im März 2009 hat sie dies durch das Aktionsprogramm „Aktiv aus der Krise“ erweitert.

Das Credo war und bleibt: Keine Entlassungen in der Krise - die Beschäftigten dürfen nicht alleine die Lasten der Krise tragen – Aus der Krise lernen.

Heute ist es erforderlich, die wichtigsten Handlungslinien der aktuellen Krisenbewältigung erneut zu beschreiben.

Deutschland befindet sich seit gut einem Jahr in einer schweren Wirtschaftskrise. Auch wenn sich aktuell abzeichnet, dass sich die Lage stabilisiert und ab 2010 langsam bessern könnte: Dies ist kein Grund zur Entwarnung.

Es sind drei Dinge, die wir lernen können:

1. Praktisch alle scheinbar grundfesten Fundamente jeder wirtschaftspolitischen Festlegung fast aller „Experten“ der letzten beiden Jahrzehnte sind zertrümmert und von der Realität überholt.

Wenn Hans Werner Sinn und die FDP die Binnennachfrage entdecken, kann einem schwindlig werden. Diejenigen, die am meisten widerlegt sind, bestimmen aber die Debatte, über das „wie weiter“ in der Krise, die entstanden ist, weil zu viele auf ihren Rat gehört haben.

Wenn Hans Werner Sinn und die FDP die Binnennachfrage entdecken, muss einem schwindlig werden!

2. Aktive Wirtschaftspolitik ist möglich. Die staatlichen Konjunkturprogramme (schon dass es so was gibt, war für viele vollständig undenkbar) zeigen Wirkung.

Die Fähigkeit der Politik, mittels solcher Konjunkturprogramme einzugreifen, sind die einzigen Hoffnungsschimmer am Himmel, der noch gestern voller marktwirtschaftlicher Geigen hing.

3. Die Krise ist nicht zu Ende, sie kommt am Arbeitsmarkt gerade erst an. Die Eile, mit der das Ende der Krise herbeigeredet werden soll, hat mehr mit Ideologie als mit Fakten zu tun. Die Bereitschaft, ein gutes Jahr, nach dem die Finanzmarkthaie dieses globale Blutbad angerichtet haben, steigende Kurse an den Aktienmärkten umzudefinieren in einen Aufschwung, ist moralisch verwerflich, politisch töricht und ökonomisch unsinnig.

Wenn jetzt an den Börsen wieder die Renditen sprudeln ist das kein Zeichen für das Ende der Krise, sondern ein Beleg für die Niederlage der Politik gegen die Zocker!

Fakt ist:

Die Auftragseingänge in der Metall- und Elektroindustrie liegen im Jahr 2009 um 31,5% unter denen des Vorjahres.

Wir gehen von einer konjunkturellen Bodenbildung zum Ende des Jahres 2009 aus.

Gesamtwirtschaftlich wird mit einer leichten wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 gerechnet. Die Prognosen bilden ein Wirtschaftswachstum in einer Spannbreite von 0,5 Prozent (IMK) bis 1,5 Prozent (IW) ab.

Der gesamtwirtschaftlich verteilungsneutrale Spielraum wird sich 2010 zwischen 3 Prozent (Herbstgutachten) und 4 Prozent (IW) einpendeln.

Die Kapazitätsauslastung in der Industrie bleibt niedrig.

Die Produktion in der Metall- und Elektroindustrie liegt in 2009 um 25,7% unter der des Vorjahres.

Die Produktivität je Beschäftigtenstunde ist in der Metall- und Elektroindustrie um 16,1% zurückgegangen.

Die nominalen Lohnstückkosten in der Metall- und Elektroindustrie sind gegenüber dem Vorjahr um 26,8% gestiegen.

Zweistellig rückläufige Produktivität in der Metall- und Elektroindustrie: Das ist in zweierlei Hinsicht einmalig:

- Im Jahresmittel sinkende Produktivität in der exportorientierten Metallindustrie, das hat es in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben.
- Ebenfalls einmalig ist die Tatsache, dass die gesamtwirtschaftliche Produktivität steigt, während die metallwirtschaftliche sinkt.

Die produzierende Wirtschaft ist zudem mit einer unzureichenden Kreditversorgung konfrontiert. Die Banken kommen ihrer Finanzierungsfunktion gegenüber den Unternehmen weder bei den Betriebsmittel- noch bei der Investitionsfinanzierung nach.

Deshalb haben wir als Bezirksleitung schon im Januar 2009 vorgeschlagen, eine Clearingsstelle bzw. einen Mediator bei den Landesregierungen anzusiedeln.

Trotz niedriger Refinanzierungszinsen bei der Bundesbank stattet die Kreditwirtschaft den industriellen Sektor nicht mit genügend Liquidität aus. Die fehlende Kreditversorgung gefährdet einen möglichen Aufschwung.

Viele Unternehmen bekommen trotz steigender Nachfrage nur schwer oder gar keine Betriebsmittelkredite. Viele Firmen werden die Bearbeitung neuer Aufträge aber nicht ohne zusätzliche Liquidität schaffen.

Die Zahl der Insolvenzen droht deshalb 2010 zu steigen.

Durch konjunkturelle Unterauslastung, fehlende Unternehmensfinanzierung, aber auch strukturelle Probleme – wie im Maschinenbau oder in der Automobilindustrie – bleibt der Druck auf die Beschäftigung unverändert hoch.

Bisher ist es durch Kurzarbeit sowie betriebliche und tarifliche Vereinbarungen gelungen, Massenentlassungen zu vermeiden. Dies muss auch 2010 so bleiben.

Deshalb ist das oberste Ziel der IG Metall: Keine Entlassungen in der Krise! Keine unfreiwillige Auflösung von Arbeitsverträgen in der Krise! Weder am Ende von Befristungen, noch am Ende der Ausbildung.

Wir wollen erreichen, dass Unternehmen Beschäftigte nicht entlassen und Azubis und andere Befristete weiter beschäftigen, die unter rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten jetzt entlassen oder nicht weiter beschäftigt würden.

Wer diese tarifpolitische Priorität mit verteilungspolitischer Zurückhaltung erreichen will, der hat keine Chance!

Ich warne diejenigen außerhalb der IG Metall, die Beschäftigungssicherung hören und Lohnzurückhaltung verstehen, vor dieser Fehlinterpretation.

Und ich warne diejenigen in der IG Metall, die Beschäftigungssicherung sagen und meinen, dass diese ohne Konflikt, Mobilisierung und zum Nulltarif zu haben wäre, vor dieser Fehleinschätzung.

Beschäftigungssicherung, die etwas taugt, die kostet auch. Die Frage, um die es geht ist zuallererst und unvermeidlich: Wen?

Das können und dürfen nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer alleine sein!

Erstens, weil der Erhalt von Beschäftigungsverhältnissen, die sich betriebswirtschaftlich nicht rechnen, nicht nur unter sozialen, ethischen und moralischen Gesichtspunkten sinnvoll ist, sondern auch unter makroökonomischen.

So wie Arbeitszeitverlängerung die unsozialste Form von Standortsicherung im Aufschwung ist, ist Entlassung die unsozialste Form im Abschwung. Und für den Beitragszahler in die Sozialversicherung und die Insolvenzausfallversicherung ist sie teuerste.

Entlassungen kosten die Allgemeinheit jedoch nicht nur das meiste Geld. Sie richten makroökonomisch auch noch die größten Folgeschäden an. Vom Konsumentenklima, über die Verwaltungskosten von Arbeitslosigkeit bis zur Vernichtung von Kompetenzen und Qualifikationen, die zuvor teuer vermittelt wurden.

Wenn wir aber eine niedrige Auslastung weit ins Jahr 2010 hinein prognostizieren, wenn wir, je nach Geschmack, wenig Spielraum oder wenig Durchsetzungsvermögen für den „Schluck aus der Pulle“ sehen und wenn wir zugleich wissen, dass Beschäftigungssicherung, die etwas taugt auch etwas kostet, dann ist die einzig denkbare Schlussfolgerung die faire Verteilung der vorhandenen Arbeit durch betriebliche Arbeitszeitverkürzung.

Dabei steht weniger die Stundenzahl im Mittelpunkt als die Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung.

Deshalb wollen wir den TV Besch nach unten öffnen und diese Öffnung mit einem Teillohnausgleich verbinden.

Diese erweiterten Optionen können genutzt werden

- Für Kurzarbeitsvereinbarungen mit einer niedrigeren Basisarbeitszeit
- Für additive Regelungen zu bestehenden Kurzarbeitsvereinbarungen, um negative Auslastungsspitzen abzudecken

- Für die Unterbrechung der Kurzarbeit, auch um die Bezugsdauer zu strecken.

Zweitens: Die gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gerade in der MuE Industrie werden im Aufschwung gebraucht. Alle Experten sind sich einig: Der letzte Tag der Krise ist der erste Tag des Fachkräftemangels.

Deshalb wollen wir die Übernahme für alle die sich heute in der Ausbildung befinden garantieren. Ohne Ausnahme. Und dafür verschiedene Instrumente zur Verfügung stellen.

Drittens: Wir müssen Leiharbeit sozial regulieren - Mindestlöhne verankern

Die Hauptlast der Krise tragen bis jetzt Leiharbeiter und befristete Beschäftigte. Zugleich ist deutlich spürbar, dass unter den Leiharbeitgebern das Fieber eines neuen Booms bereits ausgebrochen ist.

So wie die Leiharbeiter die ersten Verlierer der Krise waren, die am härtesten getroffen wurden, so wollen die Leiharbeitgeber die ersten Gewinner eines zukünftigen Aufschwungs sein, die am meisten Reibach damit machen.

Diese uneingeschränkte Erlaubnis zur Ausbeutung muss beendet werden!

Dabei muss an unsere eigene Adresse und die der Arbeitgeber der MuE Industrie gesagt werden: Es geht auch hier nicht nur um Moral und ewige Wahrheiten.

Die Branche Leiharbeit wird im nächsten Aufschwung auf über eine Million Beschäftigte aufgeblasen.

Wenn zugleich 20 bis 25 Prozent der industriellen Stammarbeitsplätze strukturell abgebaut werden, dann heißt das nicht nur, dass die Tarifverträge der MuE Industrie für einen kleineren Teil der real Beschäftigten in den Betrieben gelten.

Dann heißt das auch, dass sie tendenziell niedriger ausfallen, weil der Erpressungsdruck für die Stammebelegschaften größer wird.

Und das heißt, dass diejenigen in den MuE Belegschaften, die sich wie Lokführer, Piloten oder Ärzte aus dem Prinzip der solidarischen Tarifpolitik davonestehlen können, dies auch um so mehr wollen.

Es geht nicht um die Verkündung von Equal Pay. Es geht um die eine Frage, die ebenso hart wie schwierig vor uns steht: Schaffen wir es, konkurrierende Tarifverträge, konkurrierende Gewerkschaften und konkurrierende Belegschaften aus den Betrieben heraus zu halten?

Sind wir in der Lage: Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, eine Solidarität, ein Tarifvertrag und ein Betriebsrat durchzusetzen?

„Keine Entlassungen“ ist auch in 2010 die Orientierung, an der sich unsere Politik auszurichten hat.

Beschäftigung sichern, Ausbildungskapazität erhalten, 100% Übernahme durchsetzen und Fundamente zur Regulierung der Leiharbeit regeln, das sind die Prioritäten unseres Handelns.

Wir brauchen zwischen den Bezirken eine Verständigung darüber, welche Ziele und welche Themen auf welcher Ebene und wann von uns angegangen werden können und vor allem mit wem.

- Verbesserung der Übernahmesituation Ausgebildeter
- Erweiterung des Tarifvertrages zur Beschäftigungssicherung auf Arbeitszeiten unter 30 Std.
- Regelung zu Leiharbeit
- Arbeitszeit-/Flexikonten zur Verbesserung des Übergangs in die Rente

Darauf haben wir uns im November verabredet.

Dabei gehen wir einerseits davon aus, dass in den meisten Betrieben auf der Grundlage der Kurzarbeit, Beschäftigung bis weit ins Jahr 2010 gesichert werden kann.

Wir gehen aber auch davon aus, dass es zunehmend Betriebe gibt, in denen aus faktischen oder politischen Gründen unser Ziel „Keine Entlassungen in der Krise“ nur durchgesetzt werden kann, wenn es weitere Instrumente dafür gibt. Die Zahl dieser Betriebe nimmt bereits jetzt zu. Woche für Woche.

Klar ist dabei, dass wir in den Tarifgebieten der Mittelgruppe ohnehin handeln müssen. Hier liegen die einzigen Tarifgebiete in Deutschland, in denen der TV Besch zum Ende des Jahres ausläuft.

Geklärt werden muss, ob wir Regelungen anstreben, für die wir die Unterstützung des Gesetzgebers brauchen. Wenn wir dieses positiv entscheiden, sollten jetzt entsprechende Initiativen ergriffen werden.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Arbeitgeber zur Sondierungsgesprächen über ein Paket zur Beschäftigungssicherung aufgefordert. Diese Sondierung soll in der nächsten Woche beginnen.

Bis zum 17.12. wollen wir wissen, wie weiter mit dem TV Beschäftigungssicherung.

Je nachdem, ob und wie sich die Arbeitgeber hierzu Lösungen vorstellen können, werden sie auch Forderungen für die Entgelttarifrunde damit verbinden. Wir können und werden dann zu entscheiden haben, was uns die verhandelbare und durchsetzbare Beschäftigungssicherung wert ist.

Dabei muss uns klar sein, dass im Ergebnis Beschäftigungssicherung und Entgelterhöhung miteinander verbunden werden können.

Je nach Verlauf besteht allerdings für uns eine Ausstiegsoption, mit der Folge, dass noch eine eigenständige Entgelttrunde geführt werden könnte.

Szenario 1: Die IG Metall führt eine „normale“ Tarifbewegung in den Regionen durch und strebt in einer Region bereits in der Friedenspflicht einen Tarifabschluss an.

Szenario 2: Die IG Metall führt eine Tarifbewegung in den Regionen durch, die von einer zugespitzten gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Verteidigung von Arbeitsplätzen und der Forderung nach einer aktiven Rolle des Staates im Sinne von Konjunktur und Beschäftigungspolitik begleitet ist.

In diesem Fall wird ein Tarifabschluss nicht innerhalb der Friedenspflicht erreichbar sein. Die Aktionen nach Ende der Friedenspflicht hätten nicht nur den Charakter von Warnstreiks gegenüber den Arbeitgebern, sondern wären eingebettet in eine politische Bewegung.

Unsere Forderung ist klar:

Wir wollen eine faire Verteilung der Arbeit und der Arbeitszeit. Fair ist die Arbeitszeit dann verteilt, wenn sie dazu beiträgt, dass Kündigungen vermieden werden und wenn die Finanzierung unter Beteiligung der Arbeitgeber und ggf. der Politik sichergestellt werden, aber keinesfalls alleine den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgebürdet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der gemeinsamen Sitzung der Tarifkommissionen am 29.9.  
habe ich euch drei Fixpunkte für die Diskussion zur Tarifpolitik  
genannt: Entgeltssicherung, Beschäftigungssicherung,  
Regulierung prekärer Arbeit.

Ich wiederhole diese Ziele heute. Keines wird erreicht, ohne die  
Kraft der IG Metall in den Betrieben.

Und bei jedem einzelnen geht es um mehr. Wir agieren in einer  
historisch einmaligen Phase. Wir können verlieren, aber wir  
können auch gewinnen.

Wir sind selbst verantwortlich, es wird uns nichts geschenkt.  
Doch das ist für uns nichts Neues!